



Bericht aus Berlin

von Angelika Krüger-Leißner, MdB

26.02.2010



***Liebe Genossinnen und Genossen,
Liebe Leserinnen und Leser,***

die Arbeitswoche hatte es in sich. Die heutige Entscheidung zum Mandat der deutschen Bundeswehr in Afghanistan wurde in der SPD-Fraktion in vielen Beratungsrunden ausführlich diskutiert. In der heutigen Debatte kam es dann zum Eklat durch die Linken. Sie haben den Plenarsaal mit der Straße verwechselt und mit dutzenden Plakaten, auf denen Namen von Opfern des tödlichen Bombenangriffs von Kundus standen, demonstriert. Ich verstehe ihr Ansinnen – aber das geht nicht. Der Plenarsaal ist der Ort der Debatte, da muss mit Argumenten gestritten werden, nicht mit Plakaten. Damit haben sie wiederholt gegen die Geschäftsordnung des Parlaments gehandelt, die sie selbst mit beschlossen haben. Das entspricht nicht der Verantwortung eines Abgeordneten, schon gar nicht bei so einer schwierigen, ernsten Entscheidung. Der Präsident hat richtig gehandelt und sie von der Sitzung ausgeschlossen. Ich hoffe, dass so etwas nicht noch mal passiert. Wir sind keine Klamaukbude! Ich gehe jetzt nicht näher auf diese wichtige Entscheidung ein, weil ich hoffe, dass wir dieses Thema mit vielen von Euch auf unserer Fraktion vor Ort - Veranstaltung in Oranienburg um 18.30 Uhr diskutieren werden. Viel Spaß beim Lesen, wünscht Eure

Angelika Krüger-Leißner

1. Kritik an der Umsetzung zur Härtefallregelung für Hartz IV-Empfänger

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zu den Hartz IV-Regelsätzen hat der Bundesregierung klare Aufträge gegeben. Transparente nachvollziehbare Regelsätze insbesondere für

Kinder und eine sofortige Neuregelung der Sonderbedarfe. Seit der Ausschusssitzung vom Dienstag liegt der

Gesetzentwurf mit der **Härtefallregelung** auf dem Tisch. Er umfasst vier Hauptbereiche: **Hygienemittel bei bestimmten Krankheiten, Haushaltshilfen für Rollstuhlfahrer, Kosten zur Wahrnehmung des Umgangsrechts bei getrennt lebenden Eltern und in Ausnahmefällen auch Nachhilfeunterricht.** Aus meiner Sicht ist das sehr restriktiv. Besonders bei den gesundheitlichen Mehraufwendungen sehe ich dringend **Verbesserungsbedarf.**

Das wird jedoch schwierig, denn unser Antrag auf umfassende Behandlung und Anhörung im Ausschuss wurde von der Regierungskoalition abgelehnt, so dass die Änderung schon nächste Woche verabschiedet werden kann. Das was wir brauchen ist eine offene und transparente Diskussion zu den tatsächlichen Mehrbedarfen und keine Entscheidungen nach Kassenlage. Dies hat schwarz-gelb verhindert. Hier wurde schon mit der ersten Entscheidung das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes ad absurdum geführt. Ich habe in meiner gestrigen Rede im Bundestag die Ministerin aufgefordert, für eine bundeseinheitliche und vor allem unbürokratische Lösung zu sorgen. Damit die Job-



Bericht aus Berlin

von Angelika Krüger-Leißner, MdB

26.02.2010

center wie das ILZ Havelland sachgerechte Entscheidungen treffen können. Die Situation der Jobcenter ist durch das Hick Hack der Bundesregierung eh schon angespannt.

2. Zur aktuellen Debatte um Hartz IV

In der aktuellen Stunde am Mittwoch und in der gestrigen Debatte erreichte den **Bundesaußenminister** heftiger Gegenwind für seine Äußerungen zur **Absenkung der Regelsätze und härtere Sanktionen für Hartz IV-Empfänger**. Und das zu recht. Hilfeempfänger werden stigmatisiert, als Sozialschmarotzer und Betrüger dargestellt. Herr Westerwelle tut quasi so, als seien die Betroffenen selbst Schuld an ihrer Situation. Das Bild der FDP über unsere Gesellschaft **halte ich für gefährlich**. Hier werden Menschen in unserer Gesellschaft gegeneinander ausgespielt.

Die Statistik der BA weist einen verschwindend kleinen Kreis an Missbrauchsfällen aus. Die Rechnung von Westerwelle, Regelsatz runter, dann gehen die Leute schon arbeiten, geht damit nicht auf. Die **Menschen wollen arbeiten, zu anständigen Arbeitsbedingungen und anständigen Löhnen**. Das ist meine Antwort auf die FDP-Neuinterpretation des Satzes „Arbeit muss sich wieder lohnen“.

Und wir werden um den Mindestlohn nicht herum kommen. Denn es ist davon auszugehen, dass die Regelsätze steigen – nicht nur für Kinder. Um das Lohnabstandsgebot zu erfüllen brauchen wir den gesetzlichen Mindestlohn.

Wir werden in der nächsten Woche unseren Antrag in Folge des Bundesverfassungsgerichtsurteils einbringen. Die der Linken und der Grünen liegen schon vor. Während den Linken nichts anderes einfällt als ihre alte Forderung „Weg mit Hartz IV“, halte ich den Antrag der



Grünen für eine gute Grundlage, gemeinsam für eine vernünftige Lösung zu streiten. Im nächsten Bericht werde ich ausführlich darüber berichten.

3. Aus dem Wahlkreis

Am vergangenen Samstag bin ich gern der Einladung von Schulleiter Breuer in sein Gymnasium nach Nauen gefolgt. Anlass war die Unterzeichnung des **Kooperationsvertrages** des Gymnasiums mit dem **Verein der Kinderhilfe Sambia**. Die Robinson-Schule in Briese-lang und das Nauener Gymnasium sind nun Partner der Kinderhilfe Sambia e.V.. Sie wollen gemeinsam den vielen **Aids-Waisenkindern helfen**, ein würdiges Zuhause zu finden, ein Dach über den Kopf und eine Schule, in der sie lernen können. Ich werde versuchen, diese Arbeit zu unterstützen. Es ist so wichtig, dass sich junge Menschen ehrenamtlich solidarisch für andere einsetzen.



4. Termine

Montag, 1. März 2010

13.00 Uhr Anhörung zur Altersteilzeit

18.30 Uhr Fraktion vor Ort: „Wie weiter in Afghanistan?“ im Stadthotel Oranienburg

Donnerstag, 4. März 2010

10.00 Uhr Gespräch mit einer Delegation aus Südafrika im Deutschen Bundestag